

intro

Die Grüne Liste bietet einen Newsletter rund um die Erlanger Kommunalpolitik an.

Dieser Informationsdienst aus dem Rathaus kann per e-mail, Fax und natürlich auch auf Papier per Post kostenlos abonniert werden.

Erscheinungsdatum dieser Ausgabe: 03.05.2005



Newsletter der Grünen Liste

Rathausplatz 1 91052 Erlangen
t. 09131-862781 f. 09131-208255
gruene-liste@erlangen.de

www.gl-erlangen.de



Ausgabe Mai 2005

Feinstaub

Ohne Umdenken keine Besserung

Bereits vor einigen Jahren hat die EU Richtlinien zur Einhaltung von Luftschadstoffgrenzwerten erlassen. Diese Richtlinien wurden von der Bundesregierung im September 2002 durch die 22. Bundesimmissionsschutzverordnung (22. BimSchVO) in nationales Recht umgesetzt. Gemäß der dortigen Vorschriften hat die Stadt Erlangen einen Luftreinhalteplan erstellt. Daraus ergibt sich, welche Luftschadstoffbelastungen in den einzelnen Gebieten von Erlangen vorliegen. Danach werden in mehreren Bereichen die vorgesehenen Grenzwerte überschritten. Konkrete Maßnahmen zur Verbesserung dieser Situation lassen auf sich warten, obwohl das Problem nicht erst seit Anfang dieses Jahres bekannt ist.

Seit Anfang dieses Jahres müssen bei einem Teil der Luftschadstoffe die festgelegten Grenzwerte eingehalten werden. Für die restlichen Luftschadstoffe gilt dies erst für 2010. Besonders beim Feinstaub führt dies zu Problemen.

In Erlangen gibt es 2 Messstationen. Eine befindet sich in der Pfarrstraße, die andere in der Kreppelinstraße westlich vom Klinikum am Europakanal. In der Pfarrstraße wurden die Grenzwerte für den Feinstaub in diesem Jahr bereits 16 Mal überschritten und in der Kreppelinstraße 12 Mal. Zulässig ist eine Überschreitung von maximal 35 Mal pro Jahr. In der Pfarrstraße dürfte dieser Grenzwert bereits Mitte des Jahres erreicht sein.

Die Hauptursache für die Luftschadstoffe ist der Verkehr. Nach bisherigen Schätzungen werden von diesem ca. 80 % der Luftschadstoffe verursacht. Wirksame Maßnahmen zur Einhaltung der Luftschadstoffgrenzwerte erfordern daher eine Reduzierung des Verkehrsaufkommens. Wichtig wäre vor allem, den motorisierten Individualverkehr (MIV) in der Innenstadt zu redu-

zieren und ein Umsteigen auf den öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) zu fördern.

Maßnahmen hierzu wurden in den letzten Jahren von der Stadtratsmehrheit von CSU, FDP und FWG stets abgelehnt. Der Bau der Stadt-Umland-Bahn wird nicht ernsthaft weiter verfolgt. Statt dessen soll die Kosbacher Brücke gebaut werden, die noch mehr MIV in die Innenstadt bringen wird. Auch die Attraktivität des ÖPNV wurde durch ständige Fahrpreiserhöhungen, durch Taktverdünnung, Abschaffung des Citytarifes u.ä. verschlechtert.

Die Grüne Liste fordert hier ein sofortiges Umdenken, beispielsweise den umgehenden Baubeginn der Stadt-Umland-Bahn. Der Busverkehr muss attraktiver werden. Es darf keine weiteren Taktverdünnungen geben und keine weiteren Linieneinstellungen. Außerdem: Der Citytarif sollte wieder eingeführt werden; keine jährlichen Fahrpreiserhöhungen und Nachlässe für Familien. Auch das notwendige Mediationsverfahren muss endlich angegangen werden, um das Problem des sehr hohen Busaufkommens in der Goethestraße und der nördlichen Hauptstraße zu lösen.

Diese Forderungen wurden von der Grünen Liste jedes Jahr im Rahmen der Haushaltsberatungen erneut erhoben und stets von der Stadtratsmehrheit abgelehnt. Ohne ein Umdenken wird es nicht gelingen, dass in Erlangen die ab 01.01.2005 bzw. dann ab 01.01.2010 geltenden Grenzwerte eingehalten werden. Die BürgerInnen der Stadt haben hierauf aber einen Rechtsanspruch.



Stadtverträgliche Arcaden Bürgerentscheid über das „Wie“ für unzulässig erklärt

In nächster Zeit sollten zum Thema Einzelhandelszentrum „Arcaden“ das zweite Mal die Wahlurnen in Erlangen aufgestellt wurden. Ein von CSU und FDP initiiertes Ratsbegehren ergab vor knapp einem Jahr eine Mehrheit für eine Weiterführung der „Arcaden“-Planungen. Jedoch wurde nichts über den Umfang dieses Bauprojektes ausgesagt - mit dieser Entscheidung wurde nur das „Ob“, aber nicht das „Wie“ geklärt. Letzteres sollte nun ein Bürgerbegehren klären. Die „Initiative Stadtverträgliche Arcaden“ hat die erforderlichen Unterschriften Mitte April eingereicht. In seiner Sitzung vom 28. April beschloss der Stadtrat mit den Stimmen von CSU und FDP/FWG allerdings, diesen Bürgerentscheid nicht zuzulassen.

Letzter Anstoß, die Unterschriften abzugeben, seien die negativen Auswirkungen, welche die „Arcaden“ bereits heute auf die Entwicklung der Innenstadt hätten, erläutert Heiner Grillenberger, Vertreter der Initiative und GL-Stadtrat. Durch die Unsicherheit, welche Auswirkungen diese Großimmobilie haben wird, seien Investitionsabsichten des Einzelhandels in der Innenstadt gelähmt. Leerstände von Geschäften seien die sichtbarste Folge davon. Niemand wisse, ob und wo ein neuer Laden erfolgreich sein werde - auch weil bisher noch unklar ist, welche Branchen sich in den „Arcaden“ einmieten werden. Und dieser Zustand würde mindestens bis Mitte 2007 andauern - vorausgesetzt, der Zeitplan des Investors ist zuverlässig.

„Wirklich ausschlaggebend für unsere Einreichung des Bürgerbegehrens aber ist die jüngste Entscheidung des Stadtrats“, ergänzt Grillenberger, „selbst in der südlichen Innenstadt eine größere Geschäftsplanung gar nicht erst zuzulassen, weil soviel Geschäftsfläche zusätzlich zu den Arcaden dann jedes Maß über-



schreiten würde. Dazu muss man wissen, dass diese Planung deutlich kleiner ausfällt als die Arcaden. Dabei handelt es sich bei dem anderen Projekt um eine Erweiterung von vorhandenen Betrieben (Neuer Markt und Kaufhof), aber bei den Arcaden um eine Immobilieninvestition, die bis jetzt nur eine leere Hülle ist. De facto hält der Stadtrat hier einem Investor die Konkurrenz vom Leib“.

An diese Situation knüpft die Fragestellung des Bürgerbegehrens an. Interessierte ErlangerInnen sollten über die Frage abstimmen können, ob die Arcaden auf höchstens 60.000 qm Nutzfläche beschränkt bleiben und auf höchstens 2 oberirdische Geschosse - jedenfalls, wenn das komplette Grundstück bebaut wird. Außerdem soll darin höchstens 15.000 qm Gesamtfläche für Verkauf geschaffen werden. Das ist auch nicht wenig, aber deutlich weniger als die jetzt vorliegende Planung.

Beispielsweise in England existiert pro BürgerIn durchschnittlich 1 qm Verkaufsfläche. In Deutschland sind es 1,3 qm. Nürnberg hat 1,6 qm pro EinwohnerIn und Erlangen bereits 2 qm. Mit den Arcaden in der jetzigen Planung käme Erlangen auf 2,2 qm. Handelsimmobilien sind also keine Mangelware in unserer Stadt. „Notwendig ist aber durchaus die Weiterentwicklung vorhandener Betriebe. Ungezielt große Flächen daneben zu setzen ist nicht hilfreich“ meint Rotraut Baumbauer, die sich auch in der Initiative engagiert.

Gegen die Zulassung des Bürgerbegehrens führt die Verwaltung eine Stellungnahme der Regierung von Mittelfranken ins Feld. Diese äußert Bedenken gegen die Verwendung von Unterschriftenlisten aus dem Jahr 2002 - merkt aber auch an, dass einmal gesammelte Unterschriften „zeitlich unbegrenzt sind und praktische oder strategische Überlegungen der vertretungsberechtigten Personen, ob und zu welchem Zeitpunkt sie die Unterschriften einreichen wollen, nicht ausgeschlossen sind.“

Aus Sicht der „Initiative Stadtverträgliche Arcaden“ hätte aus den „Bedenken“ nicht zwangsläufig eine strikte Ablehnung des Stadtrates folgen müssen. Mit Unterstützung der Grünen Liste wird sie gegen diesen Beschluss klagen. Bis zu einer Entscheidung vor Gericht wird es aber eine Weile dauern. Die Initiative hofft auf eine aufschiebende Wirkung der Klage. Dann hätte die Stadtratsmehrheit ein Eigentor geschossen: der Bau der Arcaden müsste vorerst wieder auf die lange Bank geschoben werden.

Termine der Grünen Liste:

Jeden Montag, 19.30 Uhr:
Öffentliche Fraktionssitzung im
Rathaus, 1. Stock, Zi. 124

Ausgabe Mai 2005

Mindestlohn beantragt

Nach dem zweiten Sozialgesetzbuch müssen Arbeitslose jede Arbeit annehmen, die nicht „unzumutbar“ ist. Was zumutbar ist, bedarf der Auslegung.

Die Grüne Liste hat nun beantragt, dass der Erlanger Stadtrat einen zumutbaren Mindestlohn festlegt. 10 Euro wären hier notwendig, damit Alleinstehende, die Vollzeit arbeiten, nicht unter die Armutsschwelle (nach UNO Definition) rutschen.

Weiterhin sieht der Antrag vor, dass Arbeitslose im Arbeitslosengeld II und Sozialhilfeempfänger Arbeit ablehnen dürfen, deren Lohn unter der vom Stadtrat festgelegten Untergrenze liegt. Dies soll auch in die Eingliederungsvereinbarungen aufgenommen werden. Darin werden die Rechte und Pflichten der Arbeitslosen festgelegt. Ein Verstoß gegen diese Vereinbarung führt zu empfindlichen Strafen. Daher gehört ein Hinweis auf den Mindestlohn auch in diese Vereinbarung.

Oberwasser fürs Hallenbad

Nachdem die Stadtspitze und die schwarz-gelbe Stadtratsmehrheit mit ihren Privatisierungsplänen des Röthelheimbades gescheitert sind - ein erfolgreicher Bürgerentscheid hatte dies verhindert - wird nun am Runden Tisch ein neues Gesamtkonzept für alle Erlanger Bäder entwickelt. Dabei sollte auch das Hallenbad Frankenhof, dessen Schließung im Laufe des nächsten Jahres geplant ist, wieder mit einbezogen werden. Auf Antrag der Grünen Liste besichtigt der Sportausschuss am 3. Mai das Hallenbad, um Mängel und Renovierungsbedarf in Augenschein zu nehmen. „Eine umfassende Information vor Ort“, so begründet GL-Stadträtin Renate Aigner ihren Antrag, „ist Voraussetzung für die weitere Diskussion und Entscheidung im Sportausschuss über die Zukunft der Erlanger Bäder“. Vielleicht wird auch dem Hallenbad letztendlich nicht das Wasser abgegraben.

Eigenes Statistikamt bleibt

Knapp, aber erfolgreich: Mit Stimmgleichheit lehnte der Erlanger Stadtrat gegen die Stimmen der CSU die Auflösung des Statistikamtes und die Funktionsübertragung an das Nürnberger Amt ab. Erlangen hätte sonst über kein eigenes Statistikamt mit eigenem Datenpool mehr verfügen können. Neben Bedenken beim Datenschutz und der Datenübermittlung spricht auch eine Erlanger Besonderheit für die Beibehaltung der eigenen Abteilung: Im Gegensatz zu den Nachbarstädten wird in Erlangen die neue Sozialgesetzgebung (Hartz IV) nach dem Optionsmodell abgewickelt - die Stadt ist also allein zuständig. Die besonderen Anforderungen, die sich daraus ergeben, würden bei einem gemeinsamen Amt für Statistik weniger Berücksichtigung finden.

In eigener Sache Diätenabführung

Weithin einmalig dürfte inzwischen sein, dass die StadträtInnen der Grünen Liste ihre Aufwandsentschädigungen („Diäten“) zum größten Teil abführen und damit außer dem laufenden Geschäftsbetrieb auch verschiedene Projekte unterstützen. Nicht nur Aktivitäten werden bezuschusst, an denen die Grüne Liste in irgendeiner Form beteiligt ist - wie z. B. die BürgerInnenbegehren für den Erhalt der Erlanger Bäder, für stadtverträgliche Arcaden und gegen die Privatisierung der Stadtwerke. Mit diesem Geld werden auch Initiativen bedacht, die sich außerhalb der etablierten Parteienlandschaft bewegen. Ebenso flossen Mittel in kulturelle und soziale Projektförderung.

Im Jahr 2004 wurden Diätengelder an folgende Projekte weitergegeben:

Besuch eines Schulchors aus Wladimir; ARENA- Theaterfestival; Medikamente für den Irak; Anschaffung eines Inkubators für ein palästinensisches Krankenhaus; Pazifismusworkshop; Radtour einer Schulklasse nach Berlin; Aktionen gegen NPD-Auftritte in Erlangen; medico international; Erlanger Ortsgruppe von amnesty international; Anti-Lager-Tour der Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen; Alternativer Medienpreis; Aktionen gegen die NATO-„Sicherheitskonferenz“ in München; Veranstaltungsreihe des Vereins zur Förderung alternativer Medien; Aktivitäten des Altstadtforums; Besuch einer Delegation von Frauen aus Madagaskar in Erlangen; Städtepatenschaft mit Cumiana; Herausgeberbeitrag der Zeitschrift „Alternative Kommunalpolitik“

